Leiters der Abteilung Planung des Wirtschaftsrates beim Rat des Bezirkes bzw. der Plankommission beim Rat des Kreises einzuholen.

§ 5

Die Befugnisse der Leiter der Abteilung Finanzen

(1) In den Haushaltsplänen der örtlichen Räte sind die Sachkonten 500 bis 502 im Aufgabenbereich 8 — Staatsapparat — innerhalb des gesamten Aufgabenbereiches über sämtliche Einzelpläne hinweg gegenseitig deckungsfähig.

(2) In den Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern sind die Sachkonten 50 bis 52 bzw. die Sachkonten 500 bis 502 und die Mittel für Sozialversicherungsbeiträge (Sachkonto 53 bzw. Sachkonto 510) in den Aufgabenbereichen 4 bis 8 innerhalb dieser Aufgabenbereiche und zwischen diesen gegenseitig deckungsfähig. In den Gemeinden von 2000 bis 10 000 Einwohnern sind die Sachkonten 500 bis 502 und die Mittel für Sozialversicherungsbeiträge innerhalb eines Aufgabenbereiches deckungsfähig. Soweit die Räte der Städte und Gemeinden staatliche Aufgaben des Arbeitskräfteplanes durch die Räte der Kreise erhalten haben, darf keine Überschreitung dieser staatlichen Aufgaben erfolgen, wobei die verbindlich festgelegte Anzahl des Fachpersonals zu berücksichtigen ist. Freie Lohnmittel durch nicht volle Inanspruchnahme der als staatliche Aufgabe bestätigten Anzahl der Arbeitskräfte dürfen nicht für ungesetzliche Lohn- oder Gehaltserhöhungen verwendet werden.

(3) Über die Anwendung der gegenseitigen Deckungsfähigkeit nach den Absätzen 1 und 2 entscheidet der Leiter der Abteilung Finanzen des örtlichen Rates.

(4) Die örtlichen Räte können die Leiter der Abteilung Finanzen ermächtigen, bei der nach § 4 Abs. 1 vorgesehenen Übertragung von Haushaltsmitteln einer Überschreitung der festgelegten Prozentsätze in folgenden Fällen zuzustimmen:

- a) wenn es sich um Ausgaben handelt, die durch einen plötzlich eingetretenen Notstand erforderlich werden, oder
- b) wenn es sich um Ausgaben handelt, die auf Gesetzen, Verordnungen und Beschlüssen des Ministerrates beruhen, oder
- c) wenn es sich um eine geringfügige Überschreitung der festgelegten Prozentsätze bzw. um geringfügige Beträge handelt.

§ 4 Abs. 2 gilt auch in diesen Fällen.

(5) Abs. 4 gilt auch, wenn eine Übertragung von Haushaltsmitteln auf Kapitel und Sachkonten erfolgt, bei denen bisher kein Planansatz vorgesehen war.

§ 6

Durchführung von Sonderfinanzausgleichen

(1) Gemäß § 37 Abs. 9 des Gesetzes über die Staatshaushaltsordnung wird wegen der Abweichungen, die sich bei den Einnahmen und Ausgaben der örtlichen Haushalte dadurch ergeben, daß die Auswirkungen der Änderung von Preisen, Güterbeförderungstarifen und Produktionsabgabesätzen nicht im Plan für 1958 enthalten sind, zwischen den Haushalten der Gemeinden, Kreise, Bezirke und dem Haushalt der Republik Sonderfinanzausgleich durchgeführt,

(2) Die Räte der Städte und Gemeinden erhalten den Grundsteuerausfall, der ihnen durch die Bildung neuer

LPG entsteht, durch Sonderfinanzausgleich erstattet* sofern er nicht bereits im Haushaltsplan 1958 berührt* war.

§ 7

Verwendung von Mehreinnahmen und Einsparungen

(1) Den örtlichen Volksvertretungen stehen 1958 alle Mehreinnahmen und Einsparungen für die Finanzierung zusätzlicher Aufgaben gemäß § 37 Abs. 8 des Gesetzes über die Staatshaushaltsordnung zur Verfügung. Keine Einsparungen im Sinne des § 37 Abs. 8 des Gesetzes über die Staatshaushaltsordnung sind:

- a) Minderausgaben an Haushaltsmitteln für die Erweiterung der Grundmittel (ausgenommen der im § 9 Abs. 1 Buchst. d getroffenen Regelung);
- b) Minderausgaben bei den Lohnfonds der brutto im Haushalt geplanten Einrichtungen der Aufgabenbereiche 0 bis 7 in den Haushalten der Bezirke* Stadt- und Landkreise, Stadtbezirke, Städte und Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern.

Diese Minderausgaben erhöhen den geplanten Sollüberschuß.

(2) Die Beschlußfassung über die Verwendung der Mehreinnahmen und Einsparungen erfolgt durch die Volksvertretungen, soweit diese nicht in einem bestimmten Rahmen ihren Räten das Recht zur Beschlußfassung übertragen.

(3) Die Volksvertretungen bzw. Räte sind berechtigt, über eine Verwendung der überplanmäßigen Gewinne der Betriebe der volkseigenen örtlichen Wirtschaft bereits vor dem Vorliegen des Berichtes über die Erfüllung des Haushaltsplanes im ersten Halbjahr 1958 zu beschließen. Die Erreichung des geplanten Überschusses muß jedoch gesichert bleiben/

(4) Den Volksvertretungen bzw. Räten wird empfohlen, die überplanmäßigen Gewinne insbesondere für die Abdeckung der außerplanmäßigen Verluste der Betriebe der örtlichen volkseigenen Wirtschaft, für die Verbesserung der Technik und zur Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen in den Betrieben der örtlichen volkseigenen Wirtschaft zu verwenden.

(5) Die Bezirkstage können beschließen, daß bis zu 20 % der überplanmäßigen Gewinne durch die Räte der Kreise und Gemeinden an die Räte der Bezirke abgeführt werden. Die Räte der Bezirke finanzieren daraus überörtliche Wettbewerbe sowie die Verbesserung der Produktionsbedingungen in Schwerpunktbetrieben der örtlichen volkseigenen Wirtschaft.

(6) Es wird empfohlen, die Mehreinnahmen und Einsparungen, die für die zusätzlichen Aufgaben verwendet werden dürfen, insbesondere

- a) für Hauptinstandsetzungen, die Verbesserung der Technik und für die Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen in den Betrieben der örtlichen volkseigenen Wirtschaft einschließlich der Kommunalwirtschaft;
- b) für die Instandsetzung volkseigener Wohnungen* kommunaler Straßen sowie
- c) für Hauptinstandsetzungen in den staatlichen Einrichtungen zu verwenden;

(7) Mehreinnahmen und Einsparungen gemäß Abs. 1 dürfen nicht verwendet werden

- a) für die Erhöhung der Lohnfonds aller Aufgabenbereiche mit Ausnahme des Aufgabenbereiches 4 —